

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Seb. Krahob, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wilmersdorf 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wilmersdorf 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftsjetzt von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kleinzeile
30 Pf., die 90 mm breite Kleinzeile 1,50 M., für ausserordentliche
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeilen
40 Pf. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 247

Dresden, Freitag den 22. Oktober 1926

37. Jahrg.

Die kalte Schulter für die Erwerbslosen

Das Kabinett verweigert Unterstützungserhöhung — Sozialdemokratische
Anträge und Kampfanfrage — Die Regierung sorgt für die Besitzenden

D. Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion auf Verbesserung der Fürsorge für Erwerbs-
lose hat den Antrag zu eingehenden Erörterungen im
Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags herbeigeführt. In-
zwischen hat sich auch die Reichsregierung mit dem
Erwerbslosenproblem beschäftigt. Das Ergebnis
ihrer Stellungnahme hat der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns in der Donnerstagssitzung des Sozialpoliti-
schen Ausschusses mitgeteilt. Es ist unbedeutend und läßt
das Verständnis für die Tatsache vermischen, daß ein
zweiter Winter mit Massenarbeitslosigkeit
eine wesentlich größere Fürsorge für die Erwerbslosen not-
wendig macht als der erste Winter.

Die Reichsregierung lehnt eine allgemeine Erhöhung der
Unterstützungssätze ab.

Sie will nur die Unterstützung der Alleinstehenden unter 21
Jahren erhöhen. Auch auf die "Bedürftigkeitserhöhung"
will sie nicht verzichten, nur die Art ihrer Prüfung soll ver-
bessert werden. Das gleiche gilt auch für die Ehepartner.
Den langjährig Erwerbslosen soll in erster Linie
durch die Befreiung von Arbeit geholfen werden. Nur wo
das nicht möglich ist, könne man durch die unterstützende
Fürsorge helfen. Aber auch das soll nicht durch die Ver-
längerung der Unterstützungsdauer über 2 Wochen hinaus
geschehen, sondern durch eine Erweiterung der Wohl-
fahrtsbezüge bei der finanzschwachen Gemeinden-
beitrags erhalten sollen.

Wenn die Reichsregierung geglaubt haben sollte, daß
diese dürftigen Zugeständnisse die Sozialdemo-
kratie befriedigen würden, so wird sie bereits der Verlauf der
allgemeinen Aussprache eines Besseren belehrt haben. Mit
seiner geringfügigen Verbesserung der jetzigen Fürsorge kann
niemand zufrieden geben, denn das Schicksal der Erwerbs-
losen ist nicht nur ein soziales, sondern auch

ein volkswirtschaftliches Problem

ist. Wenn die Sozialdemokratie für eine wirksame Erhöhung
der Unterstützungssätze und für eine ausreichende Sicherung
der Ansprüche der Arbeitslosen eintritt, so akzeptiert das
aus zwei Gründen: 1. weil es die Pflicht der Regierung ist,
die durch unvermeidbare Arbeitslosigkeit hervorgerufene
Notlage zu beheben, und 2. weil nur eine ausreichende
Unterstützung die Möglichkeit für eine allmähliche Gesundung
des deutschen Wirtschaftslebens schafft.

Man wolle sich die Verhältnisse des Reiches zur Be-
kämpfung der Erwerbslosigkeit durch Schaffung neuer
Arbeitsmöglichkeiten weder gering einschätzen noch
verfeinern. Jenseits wird der Arbeitsmarkt durch die
rund 200 Millionen Mark, die für produktive Arbeiten der
verfallenen Art zur Verfügung gestellt worden sind,
günstig beeinflusst. Die Erhaltung hat aber gezeigt, daß
auf diesem Wege immer nur ein beschränkter
Teil der Erwerbslosen Beschäftigung erhalten kann und daß
es geraume Zeit dauert, bis die vollen Auswirkungen sich auf
dem Arbeitsmarkt zeigen. Auf jeden Fall bleibt immer noch

ein sehr erheblicher Kreis von Erwerbslosen auf dem
Wege der Unterstützung zu versorgen.

Nach unseren Beobachtungen wird diese Zahl in den Winter-
monaten auf keinen Fall kleiner werden. Wir rechnen in-
dem mit einer nicht unerheblichen Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Angesichts dieser Gesamtlage erscheint es kurzfristig, das
Verlangen nach einer Erhöhung der Unterstützung und einer
Verlängerung der Unterstützungsdauer, um nur die beiden
wichtigsten Probleme zu nennen, umwiegend abzulehnen. Denn
das hat die Reichsregierung getan. Sie hat das zwar mit
wirtschaftspolitischen Erwägungen zu begründen versucht, die
wichtigen Gründe aber liegen in der Abneigung, weitere
öffentliche Mittel für diese Zwecke zu verausgaben. Der
Reichsfinanzminister Dr. Heinhold hat deshalb im Gegen-
satz zu früheren Reden die erste Lage der Reichsfinanzen
beurteilt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß er weitere
Mittel nicht beschaffen könne. Wie er es angesichts
dieser Tatsache mit seinen Pflichten vereinbaren kann, den
kapitalistischen Wirtschaftskreisen weitere Steuerermäßigungen
in Aussicht zu stellen, würde man gern von ihm erfahren.
Vorehr wird er mit Recht auf Zweifel stoßen und sich erheben,
daß das im Sozialpolitischen Ausschuss geschah, mit der Re-
gierung anzuhandeln müssen, daß das, was fehlt, nicht
aus Geld ist, sondern der gute Wille.

Sind aber wirklich Schwierigkeiten vorhanden, mit den
bisherigen Einnahmen des Reiches eine erweiterte finanzielle
Fürsorge für die Erwerbslosen durchzuführen, dann wird
man sich überlegen müssen, ob nicht
neue Einnahmegeräte zu erschließen sind.

Es ist geradezu anstößig, zu sehen, wie in der großen Krise
mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und den unerhörten Leiden
breiter Bevölkerungsschichten einzelne kapitalistische Kreise nie da-
weitere Vermögenmöglichkeiten haben. Für Tausende von
Arbeitern und Angehörigen ist die Nationalisierung verbunden
mit völliger Untergrabung ihrer Existenz, obwohl die rationalisierten Unternehmungen große und sofort

greifbare Vorteile davon haben. An der Börse sind in den
letzten Monaten

Gewinne bis zu vielen hundert Prozent

erzielt worden, Gewinne, die es in dieser Höhe niemals vor-
her gegeben hat. Daher muß man prüfen, ob die bis Ende
1925 ausgelegte Vermögenszuwachssteuer nicht
bereits Ende 1926 zur Erhebung gelangen muß. Auch ist es
bedenklich, daß der Ertrag der Vermögenssteuer um
rund 100 Millionen hinter dem niedrig festgesetzten Vor-
anschlag zurückbleibt. Die Erbschaftsteuer gar, die
im Frieden bereits weit als 50 Millionen gebracht hat, hat
im ersten Halbjahr 1926 nur den lächerlich geringen Ertrag
von 12 Millionen gehabt.

Bei dieser Sachlage kann man sich nicht auf den Stand-
punkt stellen, daß zur Abwendung der Not der unendlichen
Opfer der Wirtschaftskrise kein Geld vorhanden ist.

Also doch Diktaturentwurf?

Der Skandal des Diktaturentwurfs
zieht immer weitere Kreise. Am Dienstag hätte die Veröffentli-
chung eines Referententwurfs großes Aufsehen erregt, in
dem der militärische Ausnahmezustand vorgeschrieben war
und Rechte des Reichstags in verfassungswidriger Weise be-
schränkt werden sollten. Daraufhin überschickte das Reichs-
ministerium des Innern die Diktatur mit offiziellen und
nichtoffiziellen Dementis. Es sollte sich nur um ein „Konzept“,
eine „Vorstudie“ gehandelt haben, die niemals zu Verhand-
lungen mit den anderen Ministern benutzt worden wäre. Die
republikanische Presse sollte einer Missifikation zum Opfer ge-
fallen sein, und die Rechtspresse jubelte schon, es sei nur ein
Witz ohne Bedeutung gewesen. Das Ministerium tat so, als
ob es entschieden von diesem Entwurf abstrich, der zugekon-
denenermaßen in seinem Schoße erstickend war.

Nun stellt sich plötzlich heraus, daß diese Ablehnungs-
versuche nur Finten gewesen sind. Ein demokratisches Ver-
ständnis stellt am Donnerstag fest, daß

das jetzt dem Ministerium vorliegende Gesetz sich so auf-
wie überhaupt nicht von dem „Konzept“, von der „Vor-

Die Möglichkeit zur ausreichenden Hilfe für die Erwerbs-
losen besteht und sie muß benutzt werden.

Die Sozialdemokratie hat jedenfalls aus dem Verlauf der
Erörterungen im Sozialpolitischen Ausschuss neuerdings, die
Überzeugung gewonnen, daß neben der Beschaffung von
Arbeit auch der Ausbau der Unterstützung für die
Erwerbslosen notwendig ist, wenn soziale und politische Er-
schütterungen vermieden werden sollen. Ihr Ziel ist jetzt, das
für notwendig Erkannte durchzusetzen. Sie wird dabei die
Mithilfe anderer Parteien genau beobachten, die
den Beweis liefern müssen, ob sie ihre Versprechungen auch
gegenüber einer widerstrebenden Regierung durchzusetzen
bereit sind. Viel ist nicht zu hoffen, weshalb sich die Arbeiter
auf ihre eigene Kraft besinnen und die Sozialdemokratie in
jeder Weise stützen müssen.

(Bericht über die Ausschusssitzung siehe Seite 3.)

studie“ unterzeichnet. Das ganze ist nur zwei oder
drei Mittel fürer geworden. Das ist alles. Nur die
Mitschulbestimmung ist einseitig, daß „in der Regel“
der bürgerliche Ausnahmezustand zu verhängen ist, aber
sonst ist alles beim alten geblieben: militärischer Aus-
nahmezustand, Befreiung des Reichstagsrechts, den Aus-
nahmezustand aufzuheben, Zweidrittelheit der Beschlüsse
des bürgerlichen Beauftragten bei den Militärbeschlüs-
sen usw.

Wurde so die beabsichtigte Verschwörung der
hohen Ministerialbürokratie gegen die
Republik aufgedeckt, so legt man sich jetzt plötzlich auf das
hohe Ross. Die Reichsregierung läßt jetzt erklären, daß sie
grundsätzlich sich zu Entwürfen nicht äußere, die weder dem
Kabinett vorgelegen, noch die Genehmigung des zuständigen
Ministers gefunden hätten. Das ist ein volles Einge-
ständnis, daß die Bürokratie dem Kabinett und dem
Reichstag einen Diktaturentwurf vorlegen will, der von
einem republikanischen Parlament unmöglich angenommen
werden kann, es sei denn, es solle ein Diktaturstaat als Vor-
läufer einer kommenden Monarchie geschaffen werden. Dieser
Gefahr muß mit allen Mitteln getrotzt werden.

Das Spiel in der Abrüstungsfrage

Täuschungen deuben und hüben — Manöver zur Sprengung der Verständigungspolitik

Wie wir gestern meldeten, hat sich die Völkerver-
sammlung in ihrer Sitzung am Mittwoch in Paris
wieder einmal mit den Berichten der militärischen Kontroll-
kommission beschäftigt und hat, wie aus französischen Quellen
mitgeteilt wird, beschlossen, vorläufig an ein Aufgeben der
militärischen Kontrolle in Deutschland noch nicht heranzu-
gehen und dem Völkerverband die Uebernahme der Kontrolle
noch nicht zu empfehlen. Als Grund wird angegeben, daß
die militärische Kontrollkommission sich noch
immer nicht von den Abrüstungsmaßnahmen
Deutschlands „voll befriedigt“ erklärt habe, und solange diese
„vollständige Befriedigung“ nicht eingetreten sei, könne von
einem Abbau der militärischen Kontrolle nicht die Rede sein.
Es wird besonders auf

ungesegelte Einstellungen in die Reichswehr,

auf angeblichen Export von Kriegsmaterial, auf Arbeiten an
den Befestigungen in Königsberg und vor allem auf die Ver-
schiebung der sogenannten nationalen Wehrverbände hin-
gewiesen, deren Propaganda den französischen Nationalisten
immer wieder willkommenen Stoff liefert. Die deutschen
„zuständigen Stellen“ haben auf den Beschluß der Völkerver-
sammlung, der ihnen im Wortlaut selbstverständlich noch nicht
vorliegt, mit einer der üblichen offiziellen Erklärungen ge-
antwortet, die den Eindruck erwecken soll, als wenn „nur noch
einige Kleinigkeiten“ fruchtig wären. „Ungesegelte
Einstellungen in die Reichswehr“ gäbe es nicht und die Teil-
nahme eines Hohenzollernprinzen an Reichswehrübungen sei
„nur ein Einzelfall“ gewesen. Daß General v. Seekt gerade
über diesen Einzelfall gestolpert sei, beweise, daß keinerlei un-
gesegelte Einstellungen gebildet werden.

Nach den Verhandlungen von Locarno Genf und Thoiry
mußte allerdings die Entscheidung der Völkerverversammlung
bestehend an. Es sieht fast so aus, als wenn die Entente-
Militaristen nach irgendwelchen Kleinigkeiten suchten, um das
größere Friedenswerk, das mit dem Namen Locarno ver-
bunden ist, zum Scheitern zu bringen. Ausweichende Erklä-
rungen von deutscher Seite sind jedoch nicht geeignet, diesem
militärischen Spiel die Spitze abzubrechen. Ueber das Kapitel
der „ungesegelten Einstellungen in die Reichswehr“ wollen
wir aus naheliegenden Gründen schweigen. Auch der Bestand
der „Schwarzen Reichswehr“ ist ja so lange abgeleugnet wor-
den, bis aus ihr „nationalkommunistische Haufen“ geworden

waren, die in Küstern offen den Hochverrat durch
einen Putz einzuweihen suchten. Wir hoffen, daß die
Militärkontrollkommission und die Völkerverammlung nicht
mehr Material über diese Dinge haben, wie sie der
deutschen Öffentlichkeit bekannt wurden. Wenn
wirklich der Fall des Grafenprinzen-Sohnes nur ein „Einzel-
fall“ wäre, so müßte es leicht sein, auch die Militärkontroll-
kommission davon zu überzeugen. — Was die

„nationalen“ Wehr- und Sportvereine

anbelangt, die sich mit militärischen Spielereien beschäftigen,
so liegen die Dinge keineswegs so einfach, wie sie die offizielle
Erklärung darzustellen beliebt. Wir haben ja eben erst das
Schauispiel erlebt, daß der von Ehrhardt und seinem Tra-
banten Klinger geleitete Wikingbund und der ihm
geschlossenerwande Sportverein Olympia vom preußi-
schen Innenminister auf Grund des Republikausgesetzes und
gleichzeitig auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des
Friedensvertrages als militärische Verbände angesehen und
verboten wurden, daß aber der Staatsgerichts-
hof zum Schutze der Republik dieses Verbot aufzu-
heben hat, soweit es auf das Republikausgesetz begründet
war. Weil das Verbot aber auch auf das Gesetz zur Aus-
führung des Friedensvertrages, das militärische Verbände
unterliegt, begründet wurde, ist eine gerichtliche Aufhe-
bung des Verbotes ausgeschlossen. Die Verbände
bleiben also verboten.

Ueber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist die
nationalistische Presse in große Verzweiflung geraten. Sie ver-
sucht es so darzustellen, als ob mit diesem Entschluß die
preussische Regierung eine unheilbare Wunde erlitten hätte.
In den Tönen höchster Entrüstung wird gefordert, daß die
preussische Staatsregierung aus diesem Entschluß alle Konse-
quenzen ziehe. Dieser Rärm erscheint sehr vorzeitig.
Vielmehr wird es notwendig sein, daß der preussische
Landtag sich mit den Verbotgründen sehr eifrig und
beschäftigt und vor allem die Regierung auffordert, das
Material bekanntzugeben, das sie veranlaßt hat,
jenes Verbot auszusprechen. Wir hoffen, daß dieserlei
außenpolitische Gründe die Bekämpfung des Ma-
terials verhindern, und glauben, daß diese Bekämpfung
ein sehr der dienstliche Werk sein wird, auch wenn
die Rechtskreise allen Grund haben, sie zu fürchten.